

4. Modellvorhaben „Graefekiez ohne Parkplätze“ auf den Prüfstand

Die Kreisdelegiertenversammlung wolle beschließen:

- 1 Sollte das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg die Umsetzung des Modellvor-
2 habens „Graefekiez ohne Parkplätze“ noch in 2023 ohne angemessene Vorbe-
3 reitungszeit von mindesten 6 Monaten und ohne Konkretisierung eines Zeit-
4 plans für ein Beteiligungsverfahren anstreben oder sollten die Kernpunkte des
5 Beschlusses nach der Machbarkeitsprüfung nicht mehr umsetzbar sein,
6 mögen die sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksverordnetenversamm-
7 lung Friedrichshain-Kreuzberg vom Modellvorhaben in dieser Form Abstand
8 nehmen und andere Maßnahmen für eine soziale und nachhaltige Verkehrs-
9 und Mobilitätswende in Friedrichshain-Kreuzberg erarbeiten.
- 10 Sollten alle Kernpunkte des Beschlusses der BVV Friedrichshain-Kreuzberg mit
11 ausreichender Vorbereitungszeit umsetzbar sein, mögen die sozialdemokrati-
12 schen Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg
13 sich dafür einsetzen, dass
- 14 - ein Beteiligungsverfahren auch die Anwohnenden südlich der Grae-
15 feststraße bis zur Hasenheide, um den Kottbusser Damm, das Kottbus-
16 ser Tor, das Planufer, den Admiralkiez und den Südsterkiez ein-
17 schließt,
 - 18 - die Ausnahmeregelungen für das angestrebten Parkverbot auf weitere
19 Gruppen, wie z.B. mobilitätseingeschränkte Menschen ohne Behinder-
20 tenparkausweis ausgedehnt werden,
 - 21 - in der Kommunikation Mobilitätsgruppen nicht kategorisch ausge-
22 schlossen oder gegeneinander ausgespielt werden.
 - 23 - es Ziel bleibt, Maßnahmen für eine soziale und nachhaltige Verkehrs-
24 und Mobilitätswende in Friedrichshain-Kreuzberg gemeinsam mit den
25 Anwohnenden zu erarbeiten, die die gesamte Vielfalt der Mobilitätsfor-
26 men integrieren, die Lebensqualität im Kiez erhöhen und einen effekti-
27 ven Beitrag zur Senkung von CO₂-Emissionen leisten. Hierzu gehört
28 insbesondere die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung, in Ab-
29 sprache mit dem Bezirk Neukölln.

30 **Begründung:**

31 Es gibt seit dem Beschluss aus dem Juni 2022 weiterhin keine Klarheit über die
32 Rechtssicherheit und die konkreten Rahmenbedingungen des Modellvorhabens.
33 Es zeichnet sich bereits ab, dass Kernpunkte des Beschlusses der BVV Fried-
34 richshain-Kreuzberg nicht und nur noch teilweise umsetzbar sein werden.
35 Ein Beteiligungskonzept mit Zeitplan wurde bisher nicht vorgestellt oder disku-
36 tiert. Es fand auch keine Vernetzung mit den Anwohnendeninitiativen wie z.B.
37 Gemeinwesenarbeit Planufer oder Gemeinwesenarbeit Graefekiez oder Graefe-
38 kiez e.V. statt.

1 Die Verunsicherung der Anwohnenden ist nachvollziehbar groß, auch wegen
2 fehlender und irreführender Kommunikationen sowohl von Seiten der Fraktio-
3 nen SPD und Grüne also auch von Seiten des Bezirksamts.
4 So strebte der Beschluss z.B. nie einen „autofreien“ Kiez an. Diese zugespitzte
5 Formulierung suggeriert ein völlig anderes Ziel und lieferte die Steilvorlage für
6 eine erfolgreiche, wenngleich mit Unwahrheiten gespickte, Wahlkampagne der
7 CDU. Leider schlug sich dies auch im Wahlergebnis in SPD-Hochburgen wie
8 z.B. der Düttmann-Siedlung nieder.
9 Die Bedenken der Anwohnenden gegenüber unzureichenden Ausnahmerege-
10 lungen von Parkverboten z.B. für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen
11 oder Gewerbetreibende und darüber hinaus konnten bisher auch nicht mit er-
12 gänzenden Maßnahmen ausreichend entkräftet werden. Menschen, die auf ein
13 Auto angewiesen sind, um beispielsweise Sorge- und Pflegearbeit in anderen
14 Stadtteilen nachgehen zu können, wurden bisher noch gar nicht berücksichtigt.
15 Viele Anwohnende befürchten einen erheblichen Verwaltungsaufwand für die
16 Erteilung einer Parkerlaubnis. Hier ist Nachbesserungsbedarf bereits angezeigt.
17 Das Parkhaus am Hermannplatz als alternatives und vergünstigtes Parkange-
18 bot ist bisher nicht in der Breite überzeugend. Die Anzahl der Plätze scheint
19 nicht ausreichend, die Distanzen sind für viele Gruppen nicht zumutbar. Die
20 Parkraumsituation hat sich zudem mit dem Radwegeausbau auf dem Kottbus-
21 ser Damm und auf der Hasenheide erheblich verschärft. Wir treffen also recht
22 weiträumig auf eine bereits sehr angespannte Situation bis in die benachbarten
23 Kieze hinein, die bisher noch gar nicht zufriedenstellend adressiert wurden.
24 Hier müssen noch weitere Maßnahmen entwickelt und integriert werden.
25 Gleichzeitig gibt es erhebliche Mängel im öffentlichen Nahverkehr. Die U-Bahn-
26 höfe Südsterne, Schönleinstraße, Hermannplatz und Kottbusser Tor sind stark
27 von Verwahrlosung betroffen und werden von vielen Anwohnenden als nicht
28 besonders sicher wahrgenommen. Aufsuchende soziale Arbeit fehlt weiterhin.
29 Mehrere Innenstadt-Linien sind aktuell für längere Zeit wegen Baumaßnahmen
30 unterbrochen. Während diese Herausforderungen alle gleichermaßen adressiert
31 werden müssen, ist es nachvollziehbar, dass der ÖPNV als Alternative zum
32 Auto oder Fahrrad gegenwärtig sehr viele Menschen noch nicht überzeugt und
33 auch ausschließt.
34 Vor diesem Hintergrund kann man auch diskutieren, ob sowohl Zeitpunkt als
35 auch der Standort für das Modellvorhaben günstig gewählt ist.
36 Ein rechtssicheres Modellvorhaben dieser Tragweite kann nur mit breiter Betei-
37 ligung, Planungssicherheit und einem transparenten Prozess erfolgreich sein.
38 Das Instrument „Modellvorhaben“ auf seine Machbarkeit und Rechtssicherheit
39 zu überprüfen, wie es derzeit passiert, bleibt grundsätzlich sinnvoll auch für
40 zukünftige Entwicklungsansätze.
41 Die Anstrengungen müssen gleichzeitig auf eine gerechte und nachhaltige Ge-
42 staltung des öffentlichen Raumes für alle sowie einer nachhaltigen und diversi-
43 fizierten Mobilität, an der alle teilhaben können abzielen.
44 Wichtig bleibt auch anzuerkennen, dass viele Menschen über ein Modellvorha-
45 ben hinaus auch Autos nutzen und berücksichtigt werden müssen.

<i>Abstimmung KDV</i>	
Überweisung an den Kreisvorstand	